

Aktuelle Post aus dem Kreistag (29)



17. September 2015

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kreistagssitzung am 16. September 2015 hatte eine überschaubare Tagesordnung. Also fällt unser Bericht heute nicht allzu lang aus.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Finanzierung Schulsozialarbeit
2. Umwandlung des Jugendgästehauses „Hubertus“ in eine Einrichtung der Jugendhilfe: Erstaufnahme für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
3. Antrag DIE LINKE.: Flüchtlingshilfe
4. Resolution für Demokratie und Meinungsfreiheit
5. Antrag DIE LINKE.: Schutzgemeinschaft Vogelsberg vom 8. Mai 2013 (!!)

Finanzierung Schulsozialarbeit

Es sieht ja nicht gut aus mit der Finanzierung der Schulsozialarbeit. Zwar hatte der Kreistag im Juli 2013 eine Drittelfinanzierung beschlossen: 1/3 sollte das Land tragen, 1/3 der Kreis und 1/3 die jeweilige Kommune. Doch schon damals haben wir darauf hingewiesen, dass das Land keiner Drittelfinanzierung zugestimmt hat und dieser Beschluss damit nicht realisierbar ist.

Der Vorschlag kommt vom ehemaligen CDU-Kultusminister Banzer. Doch es war eben nur ein Vorschlag und kein Landtagsbeschluss.

In der Kreistagssitzung am 16. 9. 2015 wurde nun der Kreisausschuss beauftragt, mit dem Kultusministerium Kontakt aufzunehmen und eine Drittelfinanzierung einzufordern. Es wurden die Landkreise Hersfeld-Rothenburg und Schwalm-Eder als

Beispiele aufgeführt. Dort finanziert wohl das Land Schulsozialarbeit im Modellprojekt mit.

Wir haben diesem Antrag zugestimmt: es bedarf mehr Druck auf die Landesregierung in dieser Frage.

Das war unsere Rede:

„Herr Wysocki (CDU) sagte eben: Es kann keine Schulsozialarbeit geben, die von der Finanzlage der Städte und Gemeinden abhängt.

Das finden wir auch. Aber dann – liebe CDU – schonen sie Ihre Landesregierung auch nicht. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Städte und Gemeinden finanziell gut ausgestattet werden. Sorgen Sie mit dafür, dass Bildungsgipfel nicht in Beliebigkeit verbleiben und scheitern.

Schulsozialarbeit wird natürlich gebraucht.

Zum Beispiel für eine flächendeckende Inklusion und die Integration von Flüchtlingen. Für die Finanzierung muss Druck gemacht werden. Deshalb wird DIE LINKE. diesem Antrag zustimmen.“

Umwandlung des Jugendgästehauses Hubertus in eine Einrichtung der Jugendhilfe: Erstaufnahmeeinrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Wir berichteten in der letzten „Post“, dass das Jugendhaus „Hubertus“ als Erstaufnahmeeinrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge umgewidmet wurde. Wir hatten uns enthalten. Nicht, dass das Haus an sich ungeeignet wäre. Aber es liegt mitten im Wald und die Jugendlichen haben nur eingeschränkte Möglichkeiten, sich in ihrer neuen Umgebung zu orientieren oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln von dort wegzukommen. Außerdem gab der Wetteraukreis eine Einrichtung auf, zu der preiswerte Klassenfahrten möglich waren.

Am 7. September 2015 tagte der Ausschuss „Jugend, Gesundheit und Soziales“ in Hubertus. Es gab eine Hausführung. Das Haus kann ca. 60 Jugendliche aufnehmen. Es müssen noch einige Umbauten realisiert werden – zum Beispiel andere Fenster – weil den Brandschutzbestimmungen genüge getan werden muss.

Unsere Bewertung bleibt: Das Haus an sich ist gut geeignet. Die Lage ist es nicht.

Antrag DIE LINKE.: Flüchtlingshilfe

Wir haben am 20. Mai 2015 einen Antrag gestellt, der jetzt abschließend behandelt und abgelehnt worden ist:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, zügig eine „Flüchtlingshilfe Wetterau“ zu gründen, die sich um die Aufnahme von Flüchtlingen und die Bereitstellung von Wohnraum kümmert.“

Auch wenn die Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung nach Kräften dazu beitragen, die Unterbringung der Flüchtlinge zu gewährleisten, halten wir eine „Flüchtlingshilfe“

für notwendig, die sich nur mit diesem Thema beschäftigt. Bei der derzeitigen Außenpolitik Deutschlands, der EU und der USA ist zu erwarten, dass der Flüchtlingsstrom anhält. Viele Länder werden wirtschaftlich und durch Kriege destabilisiert.

Auf Dauer ist es für die Kreisverwaltung eine große Belastung, alle Aufgaben zu stemmen. Auch auf das Ehrenamt zu setzen, hat Grenzen. Die Dauer und die Intensität dieser Hilfsbereitschaft ist anstrengend. Und es bedarf einer professionellen Unterstützung der Helfer/innen – was die „Flüchtlingshilfe“ auch übernehmen könnte.

In der früheren „Flüchtlingshilfe“ arbeiteten Kirchen und zivile Organisationen mit. Dies ist auch jetzt wünschenswert. Denn das Flüchtlingsproblem braucht eine breite Unterstützung.

Leider konnten sich die anderen Fraktionen dazu nicht durchringen.

Immerhin hat der Kreistag inzwischen eine Regelung gefunden, dass alle Kommunen die gleiche finanzielle Zuwendung für die Aufnahme von Flüchtlingen bekommen. Ausreichend ist dieses Geld jedoch nicht. Und auch die Belastungsgrenzen der Mitarbeiter/innen beim Ausländeramt scheinen ausgereizt zu sein. Hier müssten mehr Leute eingestellt werden.

Resolution für Demokratie und Meinungsfreiheit

Gegen die Stimmen der NPD verabschiedete der Kreistag einstimmig die folgende Resolution:

„Der Kreistag distanziert sich klar und unmissverständlich von jeglicher Form von Fremdenfeindlichkeit und menschenverachtendem Gedankengut. Extremistische Positionen und Veranstaltungen, wie der Ende Oktober geplante „Quer-Denken-Kongress“ in der Stadthalle Friedberg, haben in der Wetterau keinen Platz. Der Kreistag zollt allen Bürgerinnen, Bürgern und Institutionen Respekt und Hochachtung, die sich für unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung engagieren und klar Stellung gegen Rassismus und Intoleranz beziehen. Er unterstützt sämtliche Aktivitäten, die für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft eintreten und Mitmenschlichkeit betonen. Dazu gehört auch das Bündnis 'Gegen geistige Brandstiftung – Aktionstage in Friedberg'.“

Zur Information: am 31. Oktober wird in Friedberg eine Demonstration gegen Rassismus stattfinden. Um die Stadtkirche können sich Organisationen und Initiativen an einem „Markt der Möglichkeiten“ beteiligen. Mit bunten Aktionen soll für eine bunte Gesellschaft geworben werden. Außerdem finden Ende September/Anfang Oktober zahlreiche Veranstaltungen in Friedberg statt: Filme, Vorträge, Kultur. Wenn die Planung beendet ist, werden die genauen Titel und Veranstaltungsorte in der Lokalpresse zu lesen sein.

Antrag DIE LINKE.: Schutzgemeinschaft Vogelsberg

In dieser Kreistagsitzung wurde nach zweieinhalb Jahren unser Antrag vom 8. Mai 2013(!) mehrheitlich abgelehnt. Für unseren Antrag stimmten die Grünen, der Pirat, die Freien Wähler (außer Herrn Witzel) und der CDU-Abgeordnete Häuser.

Dagegen stimmten SPD, FDP und CDU.

Zur Erinnerung der Antragstext mit Begründung: <http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/279-zweiter-versuch-der-wetteraukreis-soll-mitglied-in-der-sgv-bleiben.html>

Das war unsere Rede:

*„Sehr geehrte Frau Kreistagsvorsitzende,
mein Damen und Herren!*

*Dieser Antrag der Linken wurde am 18. März 2013 (!) gestellt. Am 8. Mai 2013!
Heute kommt also eine unendliche Geschichte zum Abschluss.*

Begonnen hat es eigentlich ganz harmlos: Der Antrag verfolgte die Absicht, die Einsparung von 130 Euro Mitgliedsbeitrag für die Schutzgemeinschaft Vogelsberg rückgängig zu machen.

Dieser Geldbetrag schien uns kein wirksamer Beitrag zur Sanierung des Haushalts zu sein und das Anliegen der Schutzgemeinschaft Vogelsberg ist zu wichtig, um hier kleinkarierte 130 Euro einzusparen.

Hier im Hause stieß dieser Antrag auf ungewöhnlich heftige Gegenwehr in Form einer langen Verzögerungstaktik.

Nachfragen wurden nicht beantwortet, es wurde noch Klärungsbedarf angemeldet (für was braucht man für einen Mitgliedsbeitrag zwei Jahre Klärungsbedarf?), dann stellte sich sogar heraus, dass unser Antrag an den ZOV weitergeleitet wurde. (Wie kommt ein Ausschuss dazu, einen Antrag an den Zweckverband weiterzuleiten – auch noch ganz ohne Beschluss. Und noch dazu an ein Gremium, das keine Entscheidungsbefugnis über einen solchen Antrag hat?)

Unsere Anfrage, wer das weitergeleitet hat, ist nie beantwortet worden.

Das ganze Vorgehen zu diesem Antrag erscheint zunächst völlig unverständlich.

Daraus wird nur ein logisch nachzuvollziehendes Bild, wenn man es politisch betrachtet:

Die Schutzgemeinschaft Vogelsberg wurde gegründet, um die ungehemmte Wasserentnahme im Vogelsberg zu verhindern. Damals fielen erstmals die Niddaquellen trocken und der Grundwasserspiegel sank dramatisch ab.

Die Organisationen und Landkreise, die in der Schutzgemeinschaft Mitglied wurden, wollten einen schonenden, nachhaltigen Umgang mit der Ressource „Wasser“ sichern. Die Schutzgemeinschaft erwirkte das Recht, die Pegelstände regelmäßig zu messen.

Und das scheint heute auch der Knackpunkt zu sein:

die Koalition will eine andere Wasserpolitik.

Denn mit mehr Wasserentnahme kann man mehr Geld verdienen.

Das kann und will man aber nicht an die große Glocke hängen.

Also hoffte man auf einen Ausstieg des Wetteraukreises auf leisen Sohlen: Austritt aus der Schutzgemeinschaft, weil 130 Euro zu teuer sein sollen.

Zwischendurch verlautbarte sogar, die OVAG solle anstelle des Kreises der Schutzgemeinschaft beitreten. Das würde erklären, warum der Antrag beim ZOV gelandet ist. Die Wasserförderer sollen das Wasser schützen? Der Bock soll Gärtner sein?

Meine Damen und Herren!

Nachhaltigkeit bei der Wasserförderung halten wir für so wichtig, dass wir Sie heute bitten, dem Antrag zuzustimmen, dass der Wetteraukreis wieder Mitglied der Schutzgemeinschaft Vogelsberg wird. Die Schutzgemeinschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum Wasserschutz. Das Sollte uns mindestens einen Mitgliedsbeitrag wert sein.“

Die Debatte verlief kontrovers, nachdem Herr Heidt (FDP) die Schutzgemeinschaft als unseriöse abenteuerliche Organisation dargestellt hatte.

Frau Köhler (FW), die in Ober Seemen wohnt, schilderte aus eigener Anschauung die Folgen zu hoher Wasserentnahme. Sie warf Heidt vor, dass er keine Ahnung vom Sachverhalt habe. Die Unterstützung der Schutzgemeinschaft als Mitglied sei das Mindeste, was der Wetteraukreis tun müsse.

Herr Stadler (Grüne) forderte alle Abgeordneten auf, mit ihm durch den vorderen Vogelsberg zu wandern und sich selbst ein Bild zu machen von den Schäden. Er wies auch die ungerechtfertigte Kritik an der Schutzgemeinschaft Vogelsberg kenntnisreich zurück und zeigte auf, welche wichtige Arbeit diese Organisation leistet.

Dieser Antrag wurde nach zweieinhalb Jahren auf die Tagesordnung gesetzt, nachdem unser Anwalt einen Brief an die Kreistagsabgeordnete geschickt hatte. Nur deshalb wurde er behandelt. Am liebsten hätten SPD und FDP das Thema unter den Tisch gekehrt. Dieser Umgang mit einem Antrag ist eigentlich ein Skandal.

Auch wenn die Mehrheit im Kreistag gegen die weitere Mitgliedschaft des Wetteraukreises in der Schutzgemeinschaft gestimmt hat: das Thema Wasserschutz bleibt erhalten. Hier muss auch weiterhin politischer Druck gemacht werden. Denn es kann nicht sein, dass in Zeiten klammer Kassen mit mehr Wasserverkauf unsere Region kaputtgemacht wird.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auch auf der homepage DIE LINKE Wetterau ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Rudi Kreich und Gabi Faulhaber